

IDEOLOGIE

DDR

Revolution auf Raten

Das sowjetische Parteilehrbuch „Politische Ökonomie“ — für alle Kommunisten verbindlicher Katechismus der roten Wirtschafts-ideologie — steckte vor zwölf Jahren für die Proletarier aller Länder die Marschroute zum sozialistischen Paradies ab.

„Nur mittels der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats“, so dekretierte die Bolschewisten-Bibel, dürfe der „parasitäre, faulende“ und mithin „sterbende Kapitalismus“ zu Grabe getragen werden — keineswegs aber durch „ein friedliches Hineinwachsen des Kapitalismus in den



Ideologe Ulbricht

Wann kommt im Westen das Elend?

Sozialismus, wie es die Opportunisten predigen“.

Ausgerechnet Genossen der sonst so dogmentreuen SED haben jetzt gegen diesen Glaubenssatz verstoßen. Professor Otto Reinhold, 40, Direktor des „Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED“ und vier seiner führenden Mitarbeiter sind unter die „Opportunisten“ geraten.

In einer 815 Seiten dicken Gemeinschaftspublikation mit dem Titel „Imperialismus heute“ widersprechen sie der altherwürdigen Sowjet-These von der alleinseligmachenden Revolution und fordern statt dessen — im Hinblick auf die Bundesrepublik — die „konstruktive Umgestaltung“ der gesellschaftlichen Verhältnisse.

* „Imperialismus heute — der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland“, herausgegeben vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin; 815 Seiten; 10,80 Mark.

** Hans Lades: „Reformen in der modernen Industriegesellschaft — ein ‚Modus der Revolution‘?“, Schriftenreihe „Analysen und Berichte aus Gesellschaftswissenschaften“, herausgegeben vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft in Mitteldeutschland, Erlangen, 1966, 30 Seiten.

Wahl geblieben sei, als die DDR anzuerkennen, sollten vom Hallstein-Verdikt — danach kann kein Land mit Bonn diplomatisch verbunden sein, das Ost-Berlin anerkennt — ausgenommen werden.

Widerstand aus den Reihen der CDU und ein persönliches Form-Tief geboten dem Außenminister jedoch äußerste Vorsicht. Schmücker, der zu den Befürwortern normaler diplomatischer Ost-Beziehungen zählt, soll deshalb in Bukarest nur Geduld predigen und aktuelle Möglichkeiten ausloten.

Im Vertrag über den Austausch von Handelsvertretungen hatte Rumänien 1963 die Geltungsbereichformel „Währungsgebiete von Leu und DM-West“ akzeptiert. West-Berlin war damit stillschweigend eingeschlossen.

Jedes weitere Vertragswerk jedoch, mit dem Schröder die drängenden Partner in Bukarest besänftigen und die Zeit bis zum Abschluß diplomatischer Beziehungen überbrücken könnte, scheitert daran, daß der bisher praktizierte Kunstgriff sich nur für wirtschaftliche Vereinbarungen eignet.

Ein Vertreter der Mission in Frankfurt: „Beim Handel ist ‚Währungsgebiet‘ gut, aber schon bei einem Kulturabkommen muß man das Land nennen. Da geht es doch nicht um Waren, sondern beispielsweise um den Austausch von Clowns oder von Orchestern.“

Als Außenamtschef Schröder und sein Ostgehilfe Schmücker am Freitagmittag vergangener Woche bei Ludwig Erhard im Palais Schaumburg vorsprachen, bestimmte der Kanzler eindeutig, daß der Staatsbesucher den Rumänen einiges versprechen kann, nur nicht volle diplomatische Beziehungen.

Zuvorkommend ist Bonn auf einen Katalog von Lieferwünschen eingegangen, den Cioara im Mai in Bonn abgegeben hatte und über den in der Zwischenzeit mit dem rumänischen Ministerialdirektor Petrescu verhandelt worden war. Die Bundesrepublik stockt ihre Einfuhrkontingente selbst für Waren auf, die Westdeutschlands Industrie lieber selbst produziert, zum Beispiel für Holz, Glas, Textilien und chemische Produkte.

Einen Lieblingswunsch der Rumänen, mit deutschen Industriefirmen nach dem Rezept des Karpatenjägers Berthold Beitz zu wirtschaftlicher Kooperation zu kommen, will Schmücker nach Kräften unterstützen. Ein kleiner Kooperationsvertrag mit der Firma Urban in Velbert über die Fertigung von Beton-Mischmaschinen ist bereits in Kraft. Die Rumänen produzieren nach deutscher Lizenz. Auch beim Bau von Touristenhotels an der Schwarzmeer-Küste wird Bonn den Balkan-Freunden beispringen.

Schließlich will Kurt Schmücker Bukarest bei der Suche nach einem Partner für den Bau eines Automobilwerkes helfen, das ihnen den kostspieligen Auto-Import ersparen würde. Die Kölner Ford-Tochter und das VW-Werk haben bereits erste Gespräche mit den Rumänen geführt.

Um Schmücker vor politischen Ausrutschern zu bewahren, will ihm Schröder seinen AA-Intimus, den Vortragenden Legationsrat Dr. Erwin Wickert, attachieren. Wickert ist Autor der deutschen Friedensnote und mit der Äquilibrium um den Bonner Anspruch auf Alleinvertretung dialektisch vertraut.

Die Verfasser der „Politischen Ökonomie“ hatten den Kapitalismus für revolutionsreif erklärt, weil er „unvermeidlich eine zunehmende Verelendung der Werktätigen“ mit sich bringe. Die Reinhold-Revisionisten hingegen, die prosperierende Wohlstandsgesellschaft Westdeutschlands vor Augen, wenden sich gegen „die Auffassung ‚alles oder nichts‘“. Sie verweisen auf die bislang in keinem Proletarier-Dogma verankerte „Möglichkeit, die Aufgaben aller Etappen der demokratischen und proletarischen Revolution stufenweise zu lösen“ und „bedeutende gesellschaftliche Veränderungen ohne bewaffneten Aufstand und Bürgerkrieg zu erzwingen“.

Ihr Erfolgsrezept: eine Einheitsfront aller „demokratischen Kräfte“ (Arbeiterparteien und Gewerkschaften im Bündnis mit Bauern, Mittelständlern, den Dogmen der „Politischen Ökonomie“, telligenz und kleinen Unternehmern), die Schritt um Schritt nach dem Vorbild des Gewerkschafts-Kampfes um die Mitbestimmung eine wirtschaftliche und staatliche Machtposition nach der anderen erobert.

So ketzerisch diese neue Lehre von der Revolution auf Raten, gemessen an den Dogmen der „Politischen Ökonomie“, anmutet — wirklich neu ist sie nicht. Ost-Berlins Kommunisten haben sie zwar als erste thesenartig fixiert, nicht aber erfunden.

Den Beginn des Sinneswandels datiert Professor Dr. Hans Lades, Leiter des Studienkollegs für zeitgeschichtliche Fragen in Erlangen und Autor der ersten umfassenden Analyse der Revolutionsthesen-Revision**, auf Ende August 1962.

Damals verblüffte, Professor Arsumanjan, Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, die Teilnehmer einer international beschiedenen Kommunisten-Konferenz in der Sowjethauptstadt mit dem Eingeständnis eines ideologischen Irrtums.

Der „staatsmonopolistische Kapitalismus“, so gab er zu verstehen, habe entgegen allen kommunistischen Vorher-sagen ein Regulierungssystem entwickelt, mit dessen Hilfe gefährliche Wirtschaftskrisen — die Ansatzpunkte der kommunistischen Revolution — vermieden werden könnten. Beweis: die von den Kommunisten bis dahin stets bestrittene Funktionsfähigkeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Und in einem Zeitschriften-Artikel empfahl Sowjet-Mensch Arsumanjan später, die derart effektive Form der westlichen Wirtschaftsadministration dem Sozialismus nutzbar zu machen: „Die im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus geschaffenen organisatorischen Leitungsformen der Wirtschaft... können für die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft genutzt werden.“

Die Genossen aus Ost-Berlin griffen das Moskauer Stichwort dankbar auf. Denn ihnen war um jene Zeit besonders dringend an der Revision des Dogmas vom „sterbenden Kapitalismus“ gelegen: Im Jahr zuvor hatten sie durch den Bau der Berliner Mauer ihren Arbeiter- und Bauernstaat gerade noch mit knapper Not vor der Attraktivität, die der angebliche Todeskandidat im Westen ausstrahlte, retten können.

Die Aufgabe, den neuen Kurs theoretisch zu begründen, fiel dem Professor Otto Reinhold und seiner Mannschaft

aus der ideologischen Garküche des ZK zu. Um dem Zorn doktrinäer Genossen vorzubeugen, werteten sie den Dogmensturz kurzerhand als Folge kommunistischer Erfolge und — in diesem Sinne — die Stärke des kapitalistischen Systems in der Bundesrepublik als Vorstufe des Sozialismus.

Reinhold: „Um das imperialistische System ... zu erhalten, sind die Monopolherren gezwungen, zu Methoden der Wirtschaftsführung zu greifen, die in ihren Formen schon dem Sozialismus entsprechen.“ Die Forderung nach „Allmählichkeit revolutionärer Umgestaltung“ sei so gesehen nicht „Ausdruck der Schwäche der Arbeiterbewegung, sondern ihrer Stärke“.

Den weniger wendigen Genossen war diese dialektische Behendigkeit zwar unheimlich. Professor Jürgen Kuczynski, Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften, fragte, „ob seit Lenin der staatsmonopolistische Kapitalismus solche qualitativ neuen Wessenszüge angenommen hat, daß es erforderlich ist, so weitgehende neue theoretische Einschätzungen vorzunehmen“. Und Professor Siegbert Kahn, Direktor des Deutschen Wirtschaftsinstituts in Ost-Berlin, warf Reinhold vor, er habe die Rolle des Staates im westdeutschen Wirtschaftssystem überschätzt.

Walter Ulbricht aber übergang die Kritik. Vor der versammelten Mannschaft des Zentralkomitees lobte er den klaren Blick des Professors Reinhold und machte die Revisions-Theorie zur ideologischen Basis seiner offenen Briefe an die SPD: Er empfahl den Sozialdemokraten, sich — wie es die Reinhold-Gruppe angeregt hatte — zum Vortrupp „der demokratischen Kräfte“ zu machen, die in der Bundesrepublik „die Errichtung demokratischer Verhältnisse und ihre Weiterentwicklung zur sozialistischen Gesellschaft friedlich verwirklichen“.

Das wiederum aber ging den Dogmatikern in der SED-Führung zu weit. Die von der Autorität des Parteichefs gedeckte Revision der so lange heilig gehaltenen Revolutions-Theorie hatten sie hinnehmen müssen. Die von Ulbricht betriebene Aufwertung der jahrzehntelang zähe bekämpften Sozialdemokratie zu einer im kommunistischen Sinne „demokratischen Kraft“ jedoch erschien ihnen als purer Verrat.

Zwar: Auch sowjetische Theoretiker hatten bereits vor einem Rückfall in den alten Haß gegen die Sozialdemokraten gewarnt. Dogmen-Killer Arsurmanjan 1964: „Falsch wäre es, die Sozialdemokraten — wie es Stalin getan hat — als ‚Sozialfaschisten‘ und ‚gemäßigten Flügel des Faschismus‘ einzuschätzen.“

Die furchtsame Mehrheit der SED-Führung aber hielt es, gestützt von Moskauer Hintermännern, lieber mit Stalin. Sie torpedierten den vom Parteichef eingeleiteten Dialog mit der SPD.

Der Erlanger Revisions-Analytiker Lades sieht die Gründe für diese Uneinigkeit der SED in ihrem Mangel an „Einfallsreichtum und Qualität“. Und er macht dafür die Parteiführung im allgemeinen und im besonderen Apparatschik-Typen wie den Staatssicherheitschef Erich Mielke verantwortlich. Die „obere Führungsschicht“ der SED — so Lades — „ist noch zu ressentimentgeladen. Sie hat noch zu viele Mielkes in ihren Reihen“.

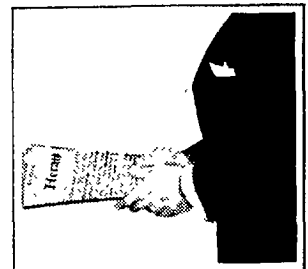
Thema:

Trocken-Rasur



ausgesprochen männlich

4711
SIR
international



SIR Eau de Cologne · SIR Rasierseife · SIR Rasiercreme · SIR Rasierwasser · SIR Elect-Rasierwasser
SIR Herrenseife · SIR Haartonic · SIR Frisiercreme · SIR Rasierschaum · SIR Stick Deodorant